

Bolivien, Haiti bis Ecuador zu erkennen, daß besonders die volksnahe Umsetzung („versiones populares“) der einschlägigen Dokumente mit Phantasie und viel Nähe zur Basis verfolgt wird.

Die jeweilige politische und gesellschaftliche Lage in den einzelnen Ländern gibt derzeit wieder verstärkt Anlaß zu großer Sorge. Die politische und soziale Stabilität der fast überall eingeführten Demokratien ist mehr als zerbrechlich. Die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in Folge der fast durchgängig praktizierten neoliberalen Wirtschaftspolitik stellt eine Zeitbombe dar, bei deren Explosion die zum Teil noch zaghaften Versuche der kirchlichen Sozialpastoral absolut überfordert wären.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, daß beispielsweise der ständige Rat der peruanischen Bischofskonferenz sich in seiner letzten Sitzung im Oktober 1997 mit einem Dokument an die Öffentlichkeit wandte, das in seiner kritischen Analyse des bestehenden Systems nicht hinter dem Berg hält („Un Nuevo Perú: Don de Dios y Tarea de todos“).

Grundsätzlich zeigte sich, daß die Menschenrechte selbst erzogen werden müssen, indem sie von einer nur immanenten Engführung und humani-

stischen Reduktion befreit und auf ihre ursprüngliche Grundlage gestellt werden: Die Würde des Menschen und seine Rechte entstammen seiner Gottes Ebenbildlichkeit. Wo diese biblische Grundeinsicht in säkularisierter Neudefinition verdunstet, sind Behinderte und Alte, „Einfache“ und Unproduktive schnell um ihr Menschen- und Lebensrecht gebracht.

In der Schlußdeklaration des Treffens von Lima bekennen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu folgenden Schlußfolgerungen bzw. Handlungsschritten: Festgestellt wird, daß die „Gewissensbildung“ der Kirche zum Thema Menschenrechte zugenommen hat. Die fortbestehenden Menschenrechtsverletzungen forderten die Christen zu einem glaubwürdigen Zeugnis heraus. Bewaffnete Konflikte, Übergriffe durch die Streitkräfte, Vertreibungen und *willkürliche Verhaftungen* werden angeprangert. Eigens hingewiesen wird auf *Korruption* und Verletzung der Bürgerrechte durch Verzögerungstaktiken der Administration und Justiz. Übertriebene *Militär- und Polizeipräsenz* riefen ein Klima von Angst und Gewalt hervor. Rassismus, „machismo“ und die notorische Mißhandlung von Frauen kennzeichneten die lateinamerikanischen Kulturen ebenso wie der *Drogenhan-*

del und die neuen Waffenlieferungen, begünstigt durch die Politik der USA. Mit Sorge weist die Schlußdeklaration auch auf die *Abschiebung* zahlloser Latinos aus den Vereinigten Staaten hin, mit den bekannten Konsequenzen für Familien und Individuen. Das vorherrschende Konzept des Neoliberalismus wird in seinen menschenrechtsgefährdenden Implikationen entlarvt, ebenso werden die fatalen Konsequenzen der von Internationalen Währungsfonds und Weltbank auferlegten Konditionen in der Bedienung der Auslandsschulden angeklagt.

Vor diesem Hintergrund verpflichteten sich die Vertreter der jeweiligen Ortskirchen, in der Menschenrechtsarbeit nicht nachzulassen und das Gewissen der einzelnen und der Gesellschaften durch spezielle Programme weiter zu schärfen. Man wolle gegen die Indifferenz ankämpfen, die immer wieder die Sinne einzuschläfern droht und den Schrei der Völker nicht mehr hören will. Nicht ohne Grund schließt die Erklärung mit einem Appell an die Bischöfe, die Sozialpastoral und die Menschenrechtserziehung zum festen Bestandteil der jeweiligen Diözesanpastoral zu machen. Dies ist zwar in vielen, aber leider längst nicht allen Diözesen Lateinamerikas (und nicht nur dort) Realität. W. S.

Einheit der Gegensätze

Polens neue Regierungskoalition

Aus den Parlamentswahlen vom 21. September in Polen ging eine Koalitionsregierung von „Wahlaktion Solidarität“ und „Freiheitsunion“ unter dem protestantischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek hervor. Die katholische Kirche könnte jetzt dazu beitragen, die katholisch-traditionalistischen Kräfte innerhalb der Wahlaktion zu zähmen und so die Fortführung des Reformprozesses in Polen zu fördern.

Am 31. Oktober stellte der designierte polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek, ein evangelischer Christ aus dem Teschener Schlesien, dem Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, einem Agnostiker, das neue Kabinett vor, dem 16 Mitglieder aus den Reihen der Wahlaktion Solidarność (AWS)

und sechs Mitglieder aus der Freiheitsunion (UW) angehören. Mitglieder des polnischen Episkopats, insbesondere sein Sekretär, Bischof Tadeusz Pieronek, begleiteten die sich abzeichnende AWS-UW-Koalition und die Nominierung eines nicht-katholischen Premiers mit wohlwollen-

den Kommentaren, Mahnungen an die Adresse katholisch-patriotischer Fundamentalisten zu Mäßigung und Einhaltung der Regeln demokratischer Kultur sowie auffallender Hochschätzung für die Politiker der liberalen Freiheitsunion. Nur ein von chronischer Selbstüberschätzung und einfacher Dummheit gebeutelter, aber international bekannter Danziger Pfarrer störte das Bild oberflächlicher Eintracht, als er davor warnte, Juden in die Regierung aufzunehmen, und in diesem Zusammenhang den angesehenen UW-Politiker *Bronisław Geremek* öffentlich beschimpfte.

Die Suche nach einer neuen Mitte in Polens innenpolitischer Landschaft und nach Überwindung von mentalen, persönlichen, ideologischen und programmatischen Gegensätzen im Mitte-Rechts-Lager, die katholische Kirche eingeschlossen, war die Schlußfolgerung aus dem Wahlergebnis vom 21. September 1997.

Ein „überraschend klares Wahlergebnis“

Am Wahltag hatten die Bürger der Republik Polen zum dritten Mal seit der demokratischen Wende von 1989 die Gelegenheit, in freier Wahl die Abgeordneten zu den beiden Kammern (Sejm und Senat) des Parlaments zu bestimmen. Auf die ersten halbfreien Wahlen zum sogenannten „Kontraktparlament“ vom Juni 1989 waren die Parlamentswahlen von Oktober 1991 und die von September 1993 gefolgt, aus denen die postkommunistische Demokratische Linksallianz (SLD) unter Federführung der Sozialdemokratie (SdRP) und die Bauernpartei (PSL) als Sieger hervorgegangen waren. Bei der Wahlprognose 1997 sind die Meinungsforscher wieder einmal am polnischen Wahlvolk gescheitert. Auch von den professionellen Auguren war ein so großer Erfolg der Wahlaktion *Solidarność* (AWS) nicht vorausgesagt worden. Noch bis zuletzt hatten die empirischen Forschungsinstitute und die Kommentatoren mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen AWS und SLD bei leichtem Vorsprung für die AWS gerechnet. Nach den Wahlen erklärten die Sozialforscher das sie überraschende Ergebnis damit, daß viele Wähler sich erst kurzfristig in der letzten Woche vor dem Wahlsonntag für „ihre“ Partei entschieden hätten.

Durch die Verteilung ihrer Stimmen stellten sich die Wahlbürger ein Zeugnis demokratischer Reife aus. Freilich hatten sich nur knapp 48 Prozent der Wahlberechtigten entschlossen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Bei den ersten freien Wahlen 1991 waren es 43 Prozent gewesen, und 1993 waren 52 Prozent an die Urnen gegangen. An den Präsidentschaftswahlen im November 1995 nahmen 68 Prozent der Wahlberechtigten teil.

Der Wahlsieger AWS konnte bei den Wahlen zum *Sejm* (460 Sitze) 33,83 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und 201 Sitze für sich gewinnen, es folgte die Linksallianz mit 27,13 Prozent und 164 Sitzen, die Freiheitsunion kam auf 13,37 Prozent und 60 Sitze. Außer diesen drei Großen gelangten noch die Bauernpartei mit 7,31 Prozent und 27 Abgeordnete,

die Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) mit 5,56 Prozent und 6 Abgeordneten sowie die Liste der deutschen Minderheit mit zwei Abgeordneten in den Sejm. Im *Senat* wurden die Mehrheitsverhältnisse ebenso wie im Sejm gegenüber 1993 umgekehrt. Hier errang die AWS 51 (1993 *Solidarność*: 9) von 100 Sitzen, auf die SLD entfielen 28 (1993: 37), UW 8 (UD 1993: 4), ROP 5, PSL 3 (1993: 36) und auf Unabhängige 5 Mandate. Die deutsche Minderheit verlor ihren Senatsitz. Für das schlechte Abschneiden der Minderheit war die geringe Wahlbeteiligung der Deutschen in der Wojewodschaft Oppeln verantwortlich.

Die Wähler haben ihre politische Reife durch kühle Berechnung des Werts ihrer Stimme unter Beweis gestellt. Sie gaben nur noch fünf Pateien bzw. Wahlbündnissen (SLD, AWS) das Ticket für den Sejm und ließen die von Anfang der neunziger Jahre erinnerliche Zersplitterung der Parteipräferenzen und Fragmentierung des Parlaments (1991: 29 Parteien und Wahllisten) Geschichte sein. Der polnische Wähler hat nicht nur rechtsradikale oder exotische Parteien mit Nichtachtung (jeweils weit unter 1 Prozent) gestraft und zwei kurzfristig aus der Taufe gehobenen „Rentner“-Parteien als wahltaktische Manipulationen und erwünschte Mehrheitsbeschaffer zugunsten der Linksallianz (KPEiR) bzw. der AWS (KPEiR RP) durchschaut, d. h. tief unter die 5-Prozent-Hürde verbannt. Er hat darüber hinaus auch unter den fünf Parlamentsparteien *klug gewichtet*. Die beiden populistischen und politisch unberechenbaren Parteien, nämlich die katholisch-nationalistische Bewegung für den Wiederaufbau Polens unter Führung des ehemaligen Premiers *Jan Olszewski* (1991/92) und die bisher mitregierende Bauernpartei konnten gerade mal die 5-Prozent-Hürde überspringen. Für die Beschaffung einer rechtszentristischen Regierungsmehrheit wurden weder ROP noch PSL benötigt, obwohl es in der AWS unmittelbar nach den Wahlen auch Stimmen gab, die für eine AWS-ROP-PSL-Koalition oder eine „große“ Koalition AWS-UW-ROP-PSL warben.

Vor zwölf Monaten hatte sich die ROP noch als entscheidende politische Kraft auf der Rechten angesehen, und ihre Repräsentanten hatten sich im Ausland voreilig als zukünftige Regierungsmitglieder, politische Saubermänner, Lustratoren und Entkommunistierer vorgestellt. Innerparteiliche Querelen zwischen „Gemäßigten“ um *Jan Olszewski* und „Fundamentalisten“ um den Ex-Innenminister *Antoni Macierewicz* und die Weigerung, die Einheit des Mitte-Rechts-Lagers zu vervollständigen und sich unter die Fahnen der Wahlaktion *Solidarność* bzw. ihren Leader *Marian Krzaklewski* zu begeben, wurden vom Wähler mißbilligt. Die Führung der Bauernpartei um den früher als taktisch begabt geltenden *Waldemar Pawlak* wurde für ihre politische Unseriosität bestraft. Einerseits hatte sich die PSL 1993 in die Regierung mit der Linksallianz begeben, zeitweise sogar den Regierungschef (*Pawlak*) gestellt und sich äußerst postensversessen aufgeführt, andererseits machte sie als Koalitionspartner Opposition gegen die eigene Regierung, hätte 1996 im Sejm beinahe den Haushalt für 1997 gekippt, machte seit Sommer 1996 der AWS indirekte Avancen in Richtung einer

Regierungsbildung nach den allfälligen Wahlen und demonstrierte im Gegensatz zu dem eher laizistischen Koalitionspartner SLD von Jahr zu Jahr mehr ihre Hinwendung zu traditionellen katholischen Werten (z. B. in der Abtreibungsfrage). Für ihn selbst völlig überraschend, aber folgerichtig wurde Pawlak drei Wochen nach den Wahlen vom Parteivorstand abgesetzt und der bisherige Landwirtschaftsminister *Jarosław Kalinowski*, der als gemäßigter Traditionalist gilt, zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Die Überschwemmungskatastrophe in Südwestpolen vom Juli dieses Jahres hat entgegen Erwartungen, die im Sommer geäußert wurden, das Wahlverhalten in den Überschwemmungsregionen nicht in dem Sinne beeinflusst, daß die Linksallianz des Regierungschefs *Cimoszewicz* dort Stimmen verloren hätte. Im Gegenteil konnte sie in den am meisten betroffenen schlesischen Wojewodschaften gegenüber 1993 zwischen 25 und 33 Prozent Wählerstimmen hinzugewinnen. Was die Wahlgeographie Polens betrifft, hat sich in den letzten Jahren eine relativ stabile Teilung in „rechte“ und „linke“ Regionen etabliert. Die „rechten“ Regionen umfassen den Osten und Südosten (Galizien) sowie die südwestlichen Wojewodschaften Breslau, Oppeln, Kattowitz und als „schwarze Insel“ im „roten Meer“ Danzig. Sie haben beispielsweise 1995 für den Präsidentschaftskandidaten *Wałęsa* und 1997 gegen die Annahme der von AWS und katholischer Kirche vehement abgelehnten Verfassung und im September für die AWS votiert.

In den „linken“ Regionen, das ist der polnische Norden und Westen (die ehemaligen deutschen Ostgebiete und preußischen Teilungsgebiete) sowie die südöstliche Wojewodschaft Chełm, gewannen Präsidentschaftskandidat *Kwaśniewski*, die neue demokratische Verfassung und die SLD eine Mehrheit. Um auf ein aufschlußreiches Einzelergebnis innerhalb der „rechten“ Wahlbezirke einzugehen: Im oberschlesischen Kattowitz mit den von Restrukturierung und Arbeitslosigkeit betroffenen bzw. bedrohten Bergleuten hätte man eigentlich einen Sieg des Kandidaten der Wahlaktion *Solidarność*, des Gewerkschaftsvorsitzenden *Marian Krzaklewski*, erwarten sollen. Tatsächlich zog aber der „Vater der polnischen Wirtschaftsreform“, der als unsozial und „Jobkiller“ verschriene Vorsitzende der Freiheitsunion *Leszek Balcerowicz* (91 000 Stimmen), an *Krzaklewski* (73 000) vorbei. Sogar die Kandidatin der Linksallianz, *Barbara Blida*, erhielt in Kattowitz mehr Stimmen (82 000). Vernünftige Argumente, nicht populäre Versprechungen, scheinen demnach gerade auch bei bedrohten Arbeitnehmergruppen auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Die Linksallianz erfolgreich und doch Verlierer

Der Mißerfolg der linkssozialdemokratischen Arbeitsunion (UP), der einzigen Partei, der es gelungen war, ehemalige Funktionäre der 1990 aufgelösten Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und des sozialistischen Flügels der

Gewerkschaft *Solidarność* zusammenzubringen, wurde von denen bedauert, die redlichen Politikern vom Schlage des bisherigen UP-Vorsitzenden und früheren *Solidarność*-Aktivisten *Ryszard Bugaj* eine parlamentarische Tribüne gönnten. Im Gegensatz zu der kirchenpolitisch widersprüchlichen und nach Opportunitätsgesichtspunkten agierenden Linksallianz verfügt die Arbeitsunion, die gemeinsam mit der postkommunistischen Sozialdemokratie 1996 in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurde, über ein ausgesprochen antiklerikales Profil, womit sie ein berechenbarer Kontrahent der katholischen Hierarchie blieb. Die UP scheiterte mit einem Stimmenanteil von 4,74 Prozent knapp an der 5-Prozent-Klausel. Sie ist eines der Opfer der Polarisierung im Wahlkampf zwischen dem „postkommunistischen“ und dem „Nachaugust“-Lager und führte zudem eine altmodische Wahlkampagne. Die Parteiführung übernahm nach dem Rücktritt von *Bugaj* bis auf weiteres der elder statesman *Aleksander Matachowski*, in den letzten vier Jahren stellvertretender Sejmmarschall.

Den modernsten Wahlkampf führte nach übereinstimmender Meinung der politischen Beobachter dieses Mal die Freiheitsunion des früher als dröge bezeichneten Finanzministers und Vizepremiers in der Regierung *Mazowiecki* (1989/90), *Leszek Balcerowicz*. Auch die Marketingexperten der AWS hatten mit ihren Plakaten und Spots richtig gelegen. Die Werbestrategen der SLD hatten mit dem Manko zu kämpfen, daß die Linksallianz keine Identifikationsfigur in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellte, da sie ihr nach dem Abgang *Aleksander Kwaśniewskis* ins Präsidentenpalais und der dauerhaften politischen Beschädigung des Parteivorsitzenden *Józef Oleksy* (wegen des schließlich nicht bewiesenen Spionagevorwurfs für die Sowjetunion/Rußland) schlicht fehlt. Der bisherige Premier *Włodzimierz Cimoszewicz* eignete sich nicht für einen personalisierten Wahlkampf, zumal er sich im Zusammenhang mit der Überschwemmungskatastrophe mehrere Fehlritte geleistet hatte. Dennoch gehörte die SLD für sich genommen zu den Gewinnern der Wahl. Nach vier Jahren Regierungszeit konnte sie immerhin noch 7 Prozent hinzugewinnen, auf dem Lande vor allem von der Bauernpartei und von der Arbeitsunion. Der Erfolg der Linksallianz wird dadurch überdeckt, daß sie im neuen Sejm derzeit *keinen potentiellen Koalitionspartner* finden kann. Der ehemalige Regierungspartner PSL, dessen Koalitionstreue mit vielen Kompromissen in Personalfragen und dem Scheitern bzw. der Verwässerung zahlreicher Reformprojekte (Privatisierung, Dezentralisierung) erkaufte war, ist ihr abhanden gekommen. Und neue Partner gibt es nicht. In der innerparteilichen Manöverkritik wird bemängelt, daß man nicht in der Lage gewesen sei, mehr von den Stimmen, die *Kwaśniewski* bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1995 für sich gewonnen hatte (51,7 Prozent), auf die Linksallianz zu lenken. Die Hoffnung, daß die Linksallianz ihren Oppositionsstatus nutzt, um den Ballast der alten Garde abzuwerfen und wirklich eine sozialdemokratische Alternative zu entwickeln, scheint verfrüht.

Es waren nicht zuletzt das gesplittene (partei-)historische Be-

wußtsein und personelle „Altlasten“ wie der politisch angeschlagene Vorsitzende Oleksy und Parteikonservative wie der bisherige Innenminister *Leszek Miller* und Fraktionschef *Jerzy Szmajdziński*, die es jeder Post-Solidarność-Partei bisher unmöglich machen mußte, über ein gemeinsames Regieren mit der SLD ernsthaft nachzudenken. Angesichts der so unvereinbaren „Kinderstuben“ von Freiheitsunion und Linksallianz wäre jeder Annäherungsversuch äußerst riskant für die UW, auch wenn sie mit der SLD in einigen wichtigen programmatischen Fragen nach der Papierform (Wahlprogramme) mehr Gemeinsamkeiten finden könnte als mit einigen Parteien und Gruppierungen, die unter dem Dach der Wahlaktion Solidarność angetreten sind. Die Wahl von Miller zum neuen SLD-Fraktionsvorsitzenden und seine aussichtsreiche Kandidatur zum Vorsitzenden der Sozialdemokratie auf dem Parteitag im Dezember lassen es zudem zweifelhaft erscheinen, daß sich die Erben der Arbeiterpartei in absehbarer Zeit zu einer sozialdemokratischen Reformpartei mit politisch unbelasteten jungen Köpfen mausern werden.

Die Wähler hatten der Freiheitsunion die komfortable, von ihrer Parteiführung gänzlich unerwartete Rolle eines Königsmachers zugeschrieben. Man kann von einer politischen Wiederauferstehung der in den letzten Jahren bisweilen anämisch und profillos erscheinenden Partei der Intellektuellen sprechen, von der es Mitte der neunziger Jahre hieß, sie werde allein noch vom Ethos der Solidarität (= Solidarność I = Solidarność 1980–1989) zusammengehalten. Das Wahlergebnis ließ der Partei mit den legendären Namen der demokratischen Opposition und Wende keine andere Wahl, als in Koalitionsgespräche mit dem Hauptsieger der Parlamentswahlen, der AWS, einzutreten.

Die Siegerin AWS vor der Reifeprüfung

Die AWS steht noch vor ihrer großen Reifeprüfung. Aus über drei Dutzend Parteien und Gruppierungen bestehend, die kaum vereinbare wirtschaftspolitische Vorstellungen – von syndikalistisch bis liberalistisch – vertreten, teilweise zu liberal-konservativen, teilweise zu katholisch-traditionalistischen Wertvorstellungen tendieren, hatte die AWS ein in sich widersprüchliches Wahlprogramm vorgestellt, allen etwas versprochen. Vertreter der Gewerkschaft Solidarność stellen die stärkste Gruppe in der Parlamentsfraktion (ca. 50 Prozent). Einflußreich sind auch die Abgeordnetengruppen mit katholisch-traditionalistischem Profil, wie die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN) und die von dem frömmleisch-xenophoben Radiosender „Marija“ unterstützten Abgeordneten des Verbands katholischer Familien ... Auf der anderen Seite stehen weltoffene konservativ-liberale Abgeordnete aus der Konservativen Volkspartei (SKL) und der Bewegung der Hundert (Ruch Stu).

Dem Gewerkschafts- und AWS-Vorsitzenden Krzaklewski gelang es mit seiner 1996 gezimmerten Wahlaktion, die etwa 30 Prozent der Stimmen zu sammeln, die Mitte-Rechts-Parteien bei den Parolmentswahlen 1993 insgesamt erhalten

hatten, aber wegen ihrer Zersplitterung und dem Scheitern an der 5-Prozent-Klausel nicht in Parlamentssitze hatten eintauschen können. Der Erfolg der AWS ist also nicht einem Rechtsruck in der Wählerschaft zu verdanken, sondern beendet einfach den für den demokratischen Prozeß kritischen Umstand, daß fast ein Drittel der Wahlbevölkerung zwischen 1993 und 1997 nicht im Parlament vertreten war. Die Wahlaktion Solidarność hat auch zur Dezimierung der Bauernpartei auf dem Lande beigetragen.

Einig waren sich die Wahlaktion und ihre Wähler vor allem in dem Willen, die bisherigen Regierungsparteien, vorzugsweise die Linksallianz, in die Opposition zu verweisen. Der *Postenschacher in Regierung und Verwaltung* gerade in den letzten Monaten lieferte der AWS zusätzliche Argumente. Und trotz zahlreicher positiver Daten auf der wirtschaftlichen Makroebene konnte man der Regierung die Verzögerung bzw. Verhinderung zahlreicher dringender Reformvorhaben (Privatisierung, Reform des Sozialversicherungssystems, Dezentralisierung u. a.) anlasten. Dagegen hat der AWS-Vorsitzende Krzaklewski den Erfolg für seine Wahlaktion nicht erzielt, weil er im Frühjahr 1997 Christus zum König von Polen ausrufen lassen wollte (damit dieser dazu beitrage, die neue Verfassung zu verhindern), und auch nicht, weil er sich als radikaler Abtreibungsgegner profilierte. Im Gegenteil änderte die AWS nach dem Pastoralbesuch von Johannes Paul II. im Juni 1997 ihre Wahlkampfstrategie und entideologisierte ihre Slogans. Der Papst hatte mit eindeutigen Gesten (u. a. Verweigerung eines Handschlags mit Krzaklewski in Tschenstochau) das Seine dazu beigetragen. Darüber hinaus wurde der AWS-Führung von ihren Marketingexperten nahegebracht, daß es aus wahltaktischen Gründen günstiger sei, die weltanschaulichen Fragen in den Hintergrund zu rücken und sich auf soziale und wirtschaftliche Themen zu konzentrieren.

Die Frage nach der Identität der AWS stellt sich nach den ersten Erfahrungen mit der Regierungsbildung noch dringlicher als vor den Wahlen. Die Widerstände von seiten der Christlich-Nationalen (ZChN), der nationalistischen Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN), vom exzentrischen Vorsitzenden der Zentrumsallianz (PC), Kaczyński, und von den Radio „Marija“ verbundenen Abgeordneten gegen das Zusammengehen mit der Freiheitsunion und den Koalitionskompromiß insbesondere im Hinblick auf das Personaltableau der UW im neuen Kabinett waren groß. Man muß sich in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß sich die konservativ-katholischen und nationalistisch-xenophoben Kräfte in Polen, die in der AWS-Fraktion eine zahlenstarke Gruppe darstellen, in den zurückliegenden Jahren die aufgeklärte, proeuropäische Freiheitsunion zum Hauptgegner erkoren hatten, gegen den sie in allen Wahlkämpfen seit 1991 mit sehr viel mehr Emotionen und Invektiven zu Felde gezogen waren als gegen die „Postkommunisten“. Und mit diesen liberalen „Internationalisten“ wie dem neuen Außenminister Bronisław Geremek und dem neuen Finanzminister und Vizepremier Leszek Balcerowicz sitzt man jetzt in einem Boot.

Dauernder Druck von seiten der Abgeordneten, für die symbolische Politik und ideologische Grabenkämpfe grundsätzlich mehr bedeuten als Sachprogramme, droht der neuen, großen Post-Solidarność-Koalition von Anbeginn an. Es bleibt eine später zu beantwortende Frage, ob der AWS-UW-Koalition mehr Erfolg beschieden sein wird als der letzten „großen“ Koalition der Solidarność-Nachfolgeparteien unter Ministerpräsidentin *Hanna Suchocka*, die im Sommer 1993 von Krzaklewskis Solidarność-Gewerkschaft gestürzt worden war. Jetzt sitzt Suchocka wieder als Justizministerin in einem Kabinett, dessen parlamentarische Basis der „große Zampano“ Krzaklewski als AWS-Fraktionsvorsitzender zusammenhalten muß. Der tut sein Bestes nach autoritärer Manier und hat als Profi-Politiker selbst schon viel dazu gelernt, indem er vergessen lassen will, daß er vor kurzem seine Koalitionspartner noch als „Libertins“ oder „ehemalige Funktionäre der PZPR“ bezeichnete.

Die Kirche als Dompteur der Rechten?

Ein neues Selbstverständnis der Rolle der katholischen Kirche im politischen Spiel könnte für die „Zivilisierung“ der Rechten in Polen von entscheidender Bedeutung werden. Werden die neuen Bischofspersönlichkeiten wie *Tadeusz Pieronek*, *Henryk Muszyński* und *Józef Życiński* sich in absehbarer Zeit innerhalb des Episkopats durchsetzen und Einfluß auf die sich kirchentreu gebenden katholisch-patriotischen und fundamentalistischen Kreise ausüben können? Im Wahlkampf hatte sich die Kirche offiziell mehr zurückgehalten als in den zurückliegenden Jahren. Wahlempfehlungen wurden „ex cathedra“ nicht ausgesprochen. Und nach dem 21. September gab es mehrere Aufrufe von bischöflicher Seite u. a. zur politischen Mäßigung der „Fundamentali-

sten“, die sich wie der Vorsitzende der Christlich-Nationalen *Marian Piłka*, beispielsweise für eine parlamentarische Isolierung der Linksallianz (z. B. Ausschluß aus dem Sejmpräsidium) stark gemacht hatten. Pieronek und Krzaklewski meinten beide, das verstoße gegen die „Grundsätze der politischen Kultur“.

Dem ehrgeizigen AWS-Vorsitzenden Krzaklewski ist zuzugestehen, daß er in den letzten Wochen gelernt hat, daß Koalition Kompromiß bedeutet und nicht Unterwerfung. Der Freiheitsunion und auch einflußreichen Politikern aus dem Gewerkschaftsflügel der AWS war es nach den Wahlen darum gegangen, den bereits auf das Präsidentenamt reflektierenden Krzaklewski in eine Koalitionsräson einzubinden und zu verhindern, daß der Gewerkschaftsvorsitzende, der das Amt des Ministerpräsidenten für sich ablehnte, als Fraktionschef und Kontrolleur der Regierung die Erinnerung an das Politbüro vergangener Zeiten wachruft.

Die AWS, die zugleich auch eine Koalition von in den letzten sieben Jahren zu kurz gekommenen katholisch-traditionalistischen Positionen und Politiker darstellt, erhält mit ihrem neuen politischen Gewicht die Chance, die Erfahrung zu machen, daß die große Wende nach rechts in Polen nicht mehr möglich ist und man trotzdem wertorientiert und erfolgreich regieren kann, so wie die Wähler der Linksallianz nach 1993 die Erfahrung machen mußten, daß die große Wende nach links oder die Rolle rückwärts politisch ausgeschlossen war. Wenn die demokratische Rechte in Polen wirklich einen Machtinstinkt entwickelt haben sollte und sich mäßigte, dann gewönne sie die Chance, in eine katholische Volkspartei zu mutieren – wenn nicht, dann würde sie wohl recht bald wieder in den Oppositionsbänken sitzen. Jedenfalls hat diese „große Koalition“ aller Post-Solidarność-Kräfte die einmalige Chance zu vergeben, den Reformprozeß in Polen wieder zu beschleunigen und das Land ins 21. Jahrhundert zu führen.

Dieter Bingen

Stockende Reformen

Brasilien gegen Ende der ersten Präsidentschaft Cardoso

Im Herbst 1994 wählte Brasilien den Sozialdemokraten Fernando Henrique Cardoso zum Präsidenten dieses größten Landes Lateinamerikas. Ende 1998 wird sich Cardoso erneut zur Wahl stellen. Bei allen Erfolgen seines wirtschaftlichen Stabilitätskurses blieb der Präsident auf dem Gebiet institutioneller Reformen bisher hinter den Erwartungen zurück.

Zum Regierungsantritt im Januar 1995 übernahm Präsident Cardoso ein Land mit krassen sozialen Problemen, einer Wirtschaft auf Besserungskurs und einer relativ konsolidierten Demokratie. Cardosos Regierungsprogramm bestand im Versprechen, den orthodoxen wirtschaftlichen *Stabilisierungskurs*, den er selbst noch als Finanzminister der vorangegangenen Regie-

rung eingeleitet hatte, fortzusetzen. Außerdem sollten notwendige *strukturelle Reformen* in Politik und Wirtschaft eingeleitet werden. Neben diesen greifbaren politischen Resultaten kündigte Cardoso aber auch einen neuen *politischen Stil* an, der es den brasilianischen Bürgern erlauben sollte, neues Vertrauen in eine von Skandalen erschütterte Politikerklasse zu setzen.